Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1008**
19. Wahlperiode 01.03.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Lindner, Christian Dürr, Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/228 –

Fiskalpolitische Eigenverantwortung für Stabilität und Wachstum in Europa

A. Problem

In ihrem sogenannten Nikolaus-Paket hat die Europäische Kommission am 6. Dezember 2017 weitreichende Vorschläge zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas vorgelegt. Zu diesen Vorschlägen ist nun auch die Bundesregierung aufgefordert, Position zu beziehen.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll sich aus Sicht der antragstellenden Fraktion der FDP in den Verhandlungen über die Vorschläge der Europäischen Kommission vom 6. Dezember 2017 zu folgenden Themen positionieren: Letztsicherung (Fiscal Backstop) zur Bankenabwicklung; Einrichtung einer Stabilisierungsfunktion aus dem EU-Haushalt zur fiskalpolitischen Abfederung asymmetrischer Schocks, mehr Fördermittel zur Umsetzung von Strukturreformen; Übernahme des Fiskalvertrags in europäisches Recht und Einsetzung eines europäischen Finanzministers.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/228 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2018

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender und Berichterstatter

Eckhardt Rehberg Berichterstatter	**Johannes Kahrs** Berichterstatter	**Otto Fricke** Berichterstatter
Dr. Gesine Lötzsch Berichterstatterin	**Anja Hajduk** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Johannes Kahrs, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Lötzsch und Anja Hajduk

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 5. Sitzung am 13. Dezember 2017 den Antrag auf **Drucksache 19/228** zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss überwiesen. Im Hauptausschuss wurde der Antrag nicht beraten.

Nach Einsetzung der ständigen Ausschüsse hat der Deutsche Bundestag den Antrag schließlich in seiner 11. Sitzung am 1. Februar 2018 an den Haushaltsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach den Vorstellungen der antragstellenden Fraktion der FDP soll sich die Bundesregierung in den Verhandlungen über die Vorschläge der Europäischen Kommission vom 6. Dezember 2017 wie folgt positionieren: Stärkung der haushaltspolitischen Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten, keine Vergemeinschaftung von Risiken und Staatsschulden, Nutzung des EU-Haushalts zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz, der Europäischen Investitionsbank sowie des Europäischen Stabilitätsmechanismus zur Krisenbewältigung unter klaren Reformauflagen; Ablehnung der Letztsicherung für den europäischen Bankenabwicklungsfonds sowie einer Stabilisierungsfunktion aus dem EU-Haushalt, Vereinfachung und unabhängigere Überwachung bei der Übernahme des Fiskalvertrags in europäisches Recht, Aufbau nationaler Einlagensicherungsfonds vor Einführung der Bankenunion und europäischen Bankenaufsicht.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/228 in seiner 2. Sitzung am 28. Februar 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und der AfD (bei einer Stimmenthaltung) die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/228 in seiner 3. Sitzung am 28. Februar 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/228 in seiner 3. Sitzung am 28. Februar 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/228 in seiner 3. Sitzung am 28. Februar 2018 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/228 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP gefasst.

Berlin, den 28. Februar 2018

Eckhardt Rehberg Berichterstatter	**Johannes Kahrs** Berichterstatter	**Peter Boehringer** Berichterstatter
Otto Fricke Berichterstatter	**Dr. Gesine Lötzsch** Berichterstatterin	**Anja Hajduk** Berichterstatterin